

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

293 (28.6.1921) Mittagausgabe

Besand-Preise: In Karlsruhe: Im Verlage und in den Zweigstellen abo...

Badische Presse

und Handels-Zeitung. Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Elener-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat.

Eigentum und Verlag von Ferd. Schöner. Hauptredaktion: Gams-Wallther-Schneider.

Rücktritt der italienischen Regierung.

Ein zu knapp abgelehntes Mißtrauensvotum.

WTB. Rom, 27. Juni. In der Kammer brachte nach Abschluß der Debatte auf die Antwort der Thronrede Turati und Gen. folgende Tagesordnung ein: Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms...

Im Verlaufe der Debatte erklärte Giolitti in Erwiderung auf die Ausführungen der vorhergehenden Redner, nach dem Proportionalwahlsystem müßten die Ministerien aus Männern mehrerer Parteien zusammengesetzt sein.

Frankreich und Deutschland.

J. Paris, 27. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-erstatters.) Anlässlich des Beschlusses der französischen Gruppe der „Internationalen Union“, der dagegen Stellung nimmt, daß auch die deutsche Gruppe zur Teilnahme an der im nächsten Monat in Stockholm stattfindenden Tagung der interparlamentarischen Union aufgefordert würde...

J. Paris, 27. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-erstatters.) Der frühere Präsident Poincaré nimmt im „Temps“ Stellung dagegen, daß Deutschland irgendwelche neue Zugeständnisse gemacht werden könnten, so gute Absichten der Reichsfinanzminister hätte und so aufrichtig er sein möge.

Brands-Hulstif.

Mit einem Kopfschütteln nur hat man überall in Deutschland die Begründung gelesen, die Herr Briand für die Beibehaltung der Sanktionen ins Treffen geführt hat. Die Leistung ist wirklich respektabel; er meinte nämlich, durch die Beibehaltung der Sanktionen sei geeignet, die Regierung Wirth zu zwingen.

Fliegerleutnant R. R. war bei seinem Rückflug nach Döberitz gezwungen, zur Orientierung niederzugehen. Beim Wiederaufstieg geriet er in eine Baumgruppe und wurde durch den abstürzenden Apparat erdrückt.

Provinzen in Kraft befindliche Autonomie beibehalten. Die Regierung werde die einzelnen Produktionen fördern, indem sie Absatzmärkte für diese im Auslande suche.

WTB. Rom, 27. Juni. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer gab Giolitti das Ergebnis der gestrigen Abstimmung bekannt. Aufgrund der dabei erzielten kleinen Mehrheit, deren vollstündiger Wert durch die während der Debatte gemachten Vorbehalte noch vermindert werde, sei er der Ansicht, daß die Abstimmung der Regierung zur Lösung der gegenwärtig schwebenden Fragen die notwendige Stärke nicht gebe.

Die Neubildung.

WTB. Rom, 27. Juni. Nach dem „Journal d'Italia“ soll Giolitti den Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums abgelehnt und dem König als geeignete Persönlichkeit den jetzigen Schatzminister Bonomi genannt haben.

Oberschlesien vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

II. Breslau, 27. Juni. (Drahtbericht.) Wie der deutschfreundliche „Kraus-Gesellschaft“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird in den Werken der ober-schlesischen Eisenindustrie die Arbeit nur noch 8 Tage aufrecht erhalten werden können.

Der polnische Rückzug.

WTB. Katowice, 27. Juni. Im südlichen Bezirk rücken die Insurgenten ab. Seit gestern nachmittags wird der Abzug der Insurgentenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt.

Die 3. Internationale.

WTB. London, 27. Juni. Wie die „Morning Post“ aus Rom meldet, hat die Sitzung des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale bewirkt, daß die Spaltung in der russisch-kommunistischen Partei eine endgültige ist. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern Lenins und den Extremisten.

England und Amerika.

II. London, 28. Juni. (Drahtbericht.) Im Unterhaus hat gestern ein Abgeordneter die Regierung gefragt, ob die englische Regierung das amerikanische Kabinett amüßig, das heißt mit einer diplomatischen Note darüber informiert habe, daß England in keinem Fall Japan in einem amerikanisch-japanischen Krieg unterstützen werde.

Eine unangenehme Forderung.

ee London, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß einer der Ministerpräsidenten der englischen Dominions das Verlangen stellen werde, an der nächsten Tagung des Obersten Rates teilzunehmen.

Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks?

WTB. London, 27. Juni. Das Reuter-Bureau meldet, daß sich die Konferenz der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter um 8 1/2 Uhr vertagt habe. Die Delegierten werden um 10 Uhr mit Lloyd George zur Beratung der Regierungskonvention zusammentreten.

Aus dem Elfaß.

Streik in der Textil-Industrie.

II. Gewerbe, 27. Juni. Die Arbeiterausschüsse der Spinnerei Bourcart und der Spinnerei G e b w e i l e r traten vergangenes Dienstag und Mittwoch in ihren Betrieben in nachmalige Verhandlung mit den Arbeitgebern über die Verfüzung der Feuerungsanlage.

II. Mülhausen, 27. Juni. Der Kampf in der Textil-Industrie nimmt immer größere Formen an. Verschiedene Abteilungen der Firma Schäfer, Heilmann und Gebr. Köchlin haben nun ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete.

I. Koblenz, 27. Juni. Zu der Meldung, daß als Nachfolger des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, von Starck, Fürst Hatzfeld in Aussicht genommen sei, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß es sich nicht um den früheren Plebiszitkommissar in Oberschlesien Fürst Hatzfeld, sondern um den Fürsten Hatzfeld-Wildenburg, einem Sohn des früheren deutschen Botschafters in London handelt.

Giolittis Sturz und Konstantins Antwort in Paris.

J. Paris, 27. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-erstatters.) Die italienische Regierung ist zurückgetreten. Der Rücktritt, der in den ersten Nachmittagsstunden in Paris bekannt geworden ist und die Ablehnung des alliierten Vermittlungsvorschlags durch Griechenland beherrscht heute das Interesse der Pariser politischen Kreise.

Die griechische Antwort bietet der Pariser Presse den erwünschtesten Anlaß zu erneuter scharfer Kritik an der Orientpolitik Englands, da sich durch Lord Curzon Briand zu einem ungeschickten Manöver habe verhalten lassen.

Die griechische Antwort bietet der Pariser Presse den erwünschtesten Anlaß zu erneuter scharfer Kritik an der Orientpolitik Englands, da sich durch Lord Curzon Briand zu einem ungeschickten Manöver habe verhalten lassen. Das „Deuore“ erklärt, England habe in dieser wie in so vielen anderen Fragen eine außerordentlich peinliche Verantwortung auf sich geladen.

Eine griechische Niederlage.

WTB. Paris, 27. Juni. Wie die Havasagentur aus Konstantinopel meldet, sind die griechischen Truppen bei Adabakar und Sabanda geschlagen worden und haben sich auf Ismid zurückziehen müssen.

Ein englisch-türkisches Abkommen.

WTB. Paris, 27. Juni. Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet, daß in Angora, wo sich gegenwärtig eine englische, eine italienische und eine französische Delegation befindet, bei der sich auch unauffällig ein griechischer Unterhändler aufhalten soll, der Abschluß eines Abkommens mit den Türken bevorstehe.

- 1. Annahme des von Belir Sami Bey unterzeichneten französisch-italienisch-türkischen Vertrages. 2. Freigabe der englischen Gefangenen. 3. Öffnung der anatolischen Häfen für die britische Schifffahrt. 4. Genugtuung für die Durchsuchung eines britischen Schiffes. 5. Wiederherstellung der englischen Rechte in der Türkei.

Staatssekretär Guggenheimer und Bergmann in Paris.

II. Berlin, 27. Juni. (Drahtbericht.) Die beiden Staatssekretäre Guggenheimer und Bergmann sind gestern nach Paris abgereist. Die Reparationsverhandlungen, an denen die beiden Herren beteiligt sind, betreffen in erster Linie die Fragen des Wiederaufbaues, wie sie Dr. Rathenau im Reichswirtschaftsrat gekennzeichnet hat.

Der Strom der Milliarden.

ee. Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine neue Zahlung Deutschlands in Höhe von 44 Millionen Goldmark wird von der Reparationskommission für heute oder morgen erwartet. Wie gemeldet, hat die Kommission genehmigt, daß die künftigen Zahlungen in europäischer Währung vorgenommen werden können.

Der Rückkauf deutscher Schiffe.

ee. London, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Times“ meldet, hat Deutschland auf einen Teil der an England ausgelieferten Schiffe neue Kaufangebote gemacht. Bekanntlich sind bereits 10 Schiffe an Deutschland zurückverkauft worden.

Die Flaggenfrage im Reichstag.

M. Berlin, 27. Juni. (Drahtbericht.) Im Reichstag wurden am Montag nach der geschäftsmäßigen Erledigung der üblichen Straßensicherungsanträge gegen mehrere Abgeordnete einige Nachträge zum Haushaltsplan verabschiedet. Es befanden sich darunter Nachträge für das Wiederaufbaumini-sterium, für das Arbeitsministerium und für das Verkehrsministerium. Dabei wurde ein sozialdemokratischer Antrag, zum Zwecke der Schulung der Betriebsratsmitglieder eine Million Mark in den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums einzusetzen, angenommen. Im nächsten Haushalt sollen zur Förderung von Heimstätten und baugenossenschaftlichen Verbänden 500 Millionen Mark eingestellt werden. Ferner wurde eine Subventionierung der Schiffsahrtsgesellschaften zur Förderung der Seeverbindung mit Ostpreußen angesetzt.

Sodann stand die Flaggenfrage zur Verhandlung. Bekanntlich hat Deutschland das Zweiflaggenystem. Die Reichsflagge ist nach der Verfassung schwarz-rot-gold, während die Handelsflagge die Farben schwarz-weiß-rot mit den schwarz-rot-goldenen Farben in der linken oberen Ecke aufweist. Die Schiffsfahrtskreise forderten in der linken oberen Ecke aufweist. Die Schiffsfahrtskreise forderten von jeher für die Handelsflagge die Farben schwarz-weiß-rot, weil sie im Ausland bekannt und auf See besser sichtbar seien. Eine Verordnung hatte die schwarz-weiß-rote Flagge für den Handel bis zum 1. Juli ds. Js. vorgegeben. Auch der Reichsrat hatte sich dafür ausgesprochen. Ein starkes Interesse an der schwarz-weiß-roten Handelsflagge haben auch die Auslandsdeutschen. Sämtliche bürgerlichen Parteien hatten nun im Reichstag einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung erlucht wird, die Verordnung über die deutsche Flagge, soweit sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Für die Handelsflagge sollen die Farben schwarz-weiß-rot gelten.

Der deutsche Volksparteiler Dr. Gildemeister begründete den Antrag, dem Abg. David (Soz.) mit einem umfangreichen historischen Material widersprach. Dieser Redner betonte, daß es sich bei dem Antrag um einen Vorstoß gegen die deutsche Republik handelte. Sein Parteifreund Braun unterstützte diese Ausführung und wies darauf hin, daß es sich bei dem Antrag um eine Verfassungsänderung handle und daß daher eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei. Präsident Eiche bemerkte dazu, daß sich über diesen Streitpunkt die Staatsrechtler die Köpfe zerbrechen. In der weiteren Aussprache trat der rechtsnationalen Abgeordnete Oberhofen für die alte Flagge ein. Die ganze leinwandige Bevölkerung stehe hinter der Forderung, daß die Seeflagge schwarz-weiß-rot sein müsse. Auch der Mehrheitssozialdemokrat Paul Müller, der Führer des Aktionsausschusses der leinwandigen Berufsklassen, in dem alle Parteien vertreten sind, habe sich für die reine schwarz-weiß-rote Handelsflagge ausgesprochen. Der unabhängige Abgeordnete Dr. Breitscheid und der Kommunist Barth bemängelten die Haltung der Demokraten, die mit den übrigen bürgerlichen Parteien eine Interessengemeinschaft eingegangen seien. Für die Auslandsdeutschen trat Abg. Daub (D.B.) ein. Ferner sprachen noch die demokratischen Abgeordneten Heile und Koch, die vielfach gegen kommunistische Zwischensätze anzulämpfen hatten und erklärten, daß es hier sich keineswegs um eine politische Frage handle. Schließlich wurde der Antrag mit 121 gegen 120 Stimmen bei schwach befehltem Hause und bei 5 Stimmenthaltung abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die sozialistischen Parteien und die Kommunisten und einige demokratische Abgeordnete.

Am Schluß der Sitzung wurde ein schleuniger Antrag der Sozialdemokraten auf Gleichstellung der Frauen in der Justiz dem Reichsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung steht das Kapitalfluchtgesetz.

Sitzungsbericht.

— Berlin, 27. Juni. Die Sitzung beginnt kurz nach 3 Uhr. Das Gesuch des Reichsministeriums des Innern um Genehmigung der Straßensicherungs des Abg. Hillein (Komm.) wird dem Geschäftsausschuß überwiesen. Gemäß dem Antrage des Geschäftsausschusses verlag das Haus die Genehmigung der Straßensicherung des Abg. Heydemann.

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Nachtragsetats wird der Etat des Reichsministeriums für den Wiederaufbau ohne Aussprache angenommen, ebenso der Etat des Reichsarbeitsministeriums. Doch wird dabei ein Antrag des Abg. Hoch (Soz.) angenommen, der eine Million auswirft als Beihilfe zur Schulung von Betriebsratsmitgliedern. Der Etat des Reichsverkehrsministeriums wird gleichfalls angenommen, ebenso die Entschlüsse des Ausschusses.

Es folgt die Beratung des beschleunigten Antrages der Rechten, des Zentrums und der Demokraten betreffend die Außerkräftsetzung der Anordnung über

die deutsche Flagge

vom 11. April 1921. Abg. Gildemeister (D. Sp.): Für die Erhaltung der deutschen Handelsflagge schwarz-weiß-rot ohne Beeinflussung der Reichsflaggen haben sich alle beteiligten Kreise, Reedereien, Handel und alle Auslandsdeutsche einstimmig ausgesprochen. Die neue Flagge würde den überseehenden Wiederaufbau gefährden.

Abg. David (Soz.): Der Antrag ist ein Vorstoß gegen die Verfassung. Die Gesamtheit des Volkes hat ein Interesse daran, daß auch die Farben der Republik draußen gezeigt werden. Die deutschen Waren werden draußen nach ihrer Qualität beurteilt und nicht nach ihren Farben, unter der sie ankommen. Es handelt sich hier im Grunde um den Kampf für die Flagge der Monarchie gegen die Flagge der Republik. Die Farben schwarz-rot-gold sind seit 1813 und seit der deutschen Burschenschaft mit dem deutschen Einheitsgedanken auf das engste verknüpft. Nach Weimar wurde schwarz-weiß-rot die ausgesprochene Kampffarbe gegen die Republik und für die Monarchie. (Lärm rechts, lärmende Zurufe links. Glode des Präsidenten.) Aber keiner von denen, die heute so große Töne reden, hatten 1918 den Mut, die schwarz-weiß-rote Fahne zu entfallen.

Die Dichtung der Chinesen.

Von Dr. Hans Bethge.

Als ich das erstemal Proben aus der alten chinesischen Lyrik zu Gesicht bekam, war ich ganz bezaubert. Was für eine Kunst trat mir da entgegen? Welch eine unvergleichliche Prägnanz der Anschauung, welche eine Ruhe des Iyrischen Flusses, welche eine verführerische Holtheit lyrischen Dichtes spürte ich da. Ich blühte in eine lyrische Kunst, die tief hinableuchtet in die Schwermut und die Rätsel alles Seins; ich fühlte ein feines, lyrisches Erzittern, eine tiefe Symbolik, etwas Jartes, Blumenhaftes, eine blumenhafte Grazie der Empfindung. Ich war so entzückt, daß ich eine ganze Reihe von Gedichten aus den französischen Prosatexten der Judentheorie in deutsche Verse übertrug und zu einem Buche vereinigte.

Die chinesische Lyrik ist ganz in die geistige Bildung des Volkes aufgegangen, das sie entstehen ließ. Die Kenntnis der großen Dichtungen der Vergangenheit ist im chinesischen Volke allgemein. Die Lieber Li-Tai-Po, des größten lyrischen Künstlers, den China hervorgebracht hat, werden noch heute, mehr als tausend Jahre nach ihrem Entstehen, von allen Klassen der Bevölkerung gekannt und geliebt; man hört sie aus dem Munde der Jünger und der Verliebten; man hört sie an Abenden über die Felder klingen und in einsamen Stuben zur Laute, während der Gelehrte sie zum Gegenstand seiner Forschung macht. Die Kenntnis seiner großen Dichter ist diesem untrügerischen, lyrisch so subtil empfindlichen Volke ein Bedürfnis. In China bringt man dem Dichter, dem lebenden und dem toten, eine hohe Verehrung entgegen.

Die historisch beglaubigten ersten Dokumente der chinesischen Dichtung liegen nicht weniger als etwa 3000 Jahre zurück. Diese Bestimmung ist also, zugleich mit der indischen und hebräischen, die älteste, die wir kennen. Sie konnte sich im Volke so lebendig erhalten, da sich die Sprache des Landes im Laufe der Jahrtausende so gut wie nicht verändert hat. Auch wenn man die Kreise des Gefühls und der Anschauung der alten chinesischen Dichter mit denen der neuen vergleicht, wird man einen großen Unterschied kaum erkennen. Dieses Volk, durch Jahrtausende hindurch allen fremden Kulturen unzugänglich, hat sich, wie in seiner nationalen Art, auch in seiner

Abg. Oberhofen (D. Sp.): Die Frage ist rein flaggentechnisch. Für die rein schwarz-weiß-rote Handelsflagge haben sich alle leinwandigen Kreise ausgesprochen, darunter die sozialdemokratischen Senatoren von Hamburg und Lübeck, die Arbeitnehmer der Reedereien, unter denen sich sogar Kommunisten befinden. Mit einer Aenderung der Handelsflagge würden wir uns vor aller Welt lächerlich machen.

Abg. Breitscheid (U. Sp.): Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Die Verordnung des Oberpräsidenten ist an sich schon verfassungswidrig. An sich ist für uns die Frage der Farben von geringer Bedeutung. Es würde sich mehr ehren, wenn sie offen anerkennen würden: wir wollen das Symbol der Republik, die uns verhaft ist, stützen.

Abg. Barth (Komm.): Kapital stellt sich zum Kapital. Das beweist die Haltung der Demokratie in dieser Frage. Die Antragsteller spielen Versteck. In Wahrheit wollen sie das wenige, das an die Republik erinnert, beseitigen.

Abg. Baumbach (D. Sp.): Die weitaus größte Zahl der Auslandsdeutschen bittet uns, keinen Flaggenwechsel vorzunehmen.

Abg. Seife (Dem.): Wir sind gegen die Verunglimpfung der Fahne der Republik von Seiten der monarchistischen Partei. Es handelt sich hier um die Handelsflagge. Es ist Sache politischer Demagogie, unsere Stellungnahme zu dieser technischen Frage politisch auszunutzen. (Lärm links.)

Abg. Dr. Koch (Dem.): In Weimar hat der weitaus größte Teil der Demokraten für schwarz-weiß-rot gestimmt mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Bedenken aller Sachverständigen stimmen wir für den Antrag.

Abg. Gildemeister (D. Sp.) bestreitet, daß der Antrag eine Verfassungsänderung einschließt. Seitens der Rechten wird namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Ledebour (U. Sp.): Da der Antrag eine Verfassungsänderung bewirkt, müssen bei der Abstimmung zwei Drittel der Abgeordneten sein und zwei Drittel dafür stimmen.

Anwesend sind und stimmen ab 246 Abgeordnete, davon stimmen 120 für und 121 gegen den Antrag bei 5 Stimmenthaltungen.

Danach bleibt also die Anordnung des Reichspräsidenten in Geltung, wonach die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit Edeneinblendungen in den Reichsflaggen nunmehr ausgeführt wird.

Ein Antrag über Gleichstellung der Frauen in der Justiz wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Anfragen, Nachtragsetat. Schluß nach 7 Uhr.

Die Pensionen der ehemaligen Minister.

M. Berlin, 28. Juni. (Drahtbericht.) Zu der Meldung, daß dem ehemaligen Reichsanwalt Fehrenbach ein lebenslängliches Ruhegehalt von 45 000 Mark zugesprochen wird, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet werden, wird von zünftiger Seite mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtengehalt die Zeit der Tätigkeit bei einer Staats- oder Kommunalbehörde und auch als Rechtsanwalt angerechnet werden kann. Eine solche Regelung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichstages. Bei dem früheren Reichsanwalt Fehrenbach hat der Reichstag die Hälfte dieser Zeit genehmigt. Keinesfalls ist im gleichen Zusammenhang genannten ehemaligen Reichsgerichtsrats Ranner ein Entschluß über die Festsetzung der Pension noch nicht getroffen.

Die neue Lohnsteuer.

Der Steuerauschuß des Reichstages hat am 24. Juni die Beratung der neuen Lohnsteuer begonnen. Sie enthält einschneidende Bestimmungen, deren Wirkung noch nicht zu übersehen ist. Grundsätzlich bleibt der 10prozentige Abzug für alle Gehalts- und Lohnempfänger bis zur Einkommensgrenze von 24 000 Mark. Dafür sind sie andererseits von der Pflicht der Steuererhebung befreit. Aber das neue Gesetz will, daß es künftig keine Abzüge mehr geben soll, also weder für Ueberstunden, für Aufwandsentschädigungen, noch für Werbekosten. Daß Abzüge hierfür zulässig sein sollten, hatte das ursprüngliche Gesetz bestimmt. Und das mit Recht, zumal die Staffellung zunächst unbrauchbar war. Ein Angestellter, der 15 000 Mark Gehalt erhielt, hatte sich einen Abzug von 10 vom Hundert gefallen zu lassen. Würde sein Gehalt auf 16 000 Mark erhöht, so kam er in eine neue Staffel, und der Abzug betrug 15 vom Hundert. In Wirklichkeit führte das dazu, daß die ganze Erhöhung weggesteuert wurde. Inzwischen ist ja diese Staffellung beseitigt worden; denn der Abzug von 10 vom Hundert gilt einheitlich bis zur Gehaltsgrenze von 24 000 Mark. Das neue Gesetz will nun einen Teil der bisher üblichen und steuerpolitisch berechtigten Abzüge beseitigen. Nicht nur bis zur Grenze von 24 000 Mark, sondern auch darüber hinaus. Angestrichelt der Gehaltswertung werden die Gehalts- und Lohnempfänger nicht bereit sein, ohne weiteres die erheblichen Mehrbelastungen zu tragen. Die Folge werden also neue Lohnkämpfe sein, die wieder zur Aufstufung aller Preise führen werden. Weiter kommt in Betracht, daß sich die Bereitwilligkeit, Ueberstunden zu leisten, künftig mindert, wenn ein Teil dieses Verdienstes weggesteuert wird. Ob sich im Reichstag eine Mehrheit für die neue Lohnsteuer, besonders aber für die steuerliche Erfassung des gesamten Einkommens ohne jeden Abzug finden wird, ist noch ungewiß. Einwirken hat der Steuerauschuß einen Unterausschuß eingesetzt, der die ganze Sache prüfen soll.

Die bayerischen Einwohnerwehren.

— Berlin, 27. Juni. Nach einer Blättermeldung aus München wird die bayerische Regierung zugleich den Erlaß der Reichsregierung zur Auflösung der Einwohnerwehren dem Reichsgericht zur Prüfung lassen, der die Lösung der Organisationen im Vereinsregister vollständig und bekannt gibt. Die bayerischen Einwohnerwehren würden darauf den Beschluß fassen, sich selbst aufzulösen, sobald sich weitere Maßnahmen der Regierung erübrigen.

Aus Baden.

Badischer Landtag.

Die Ortsklasseneinteilung. — Der Zwischenfall der „Karlsruher Zeitung“.

M. Karlsruhe, 27. Juni. Präsident Dr. Kopf eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Eine kurze Anfrage Dr. Kraus (Soz.) verlangt Auskunft, ob die Regierung bereit ist, Heidelberg in die Ortsklasse A einzureihen. Heidelberg marschiert hinsichtlich der Teuerungverhältnisse an der Spitze der badischen Städte. Es scheint, daß bei Aufstellung des Ortsklassenverzeichnis in erster Reihe die Einwohnerzahl maßgebend ist, während die Teuerung aber durch ganz andere Faktoren bestimmt wird.

Finanzminister Köhler: Der Ortsklasseneinteilung wurden die Teuerungs- und nicht die Einwohnerzahlen zugrunde gelegt. Die neuen Teuerungszahlen dürften nach den bisherigen Feststellungen eine Erhöhung erfahren. Die badische Regierung wird ihr Möglichstes tun, um bei der Aufstellung des endgültigen Ortsklassenverzeichnis ein den Tatsachen Rechnung tragendes Ortsklassenverzeichnis zu erhalten. Im Anschluß hieran machte der Minister noch allgemeine Bemerkungen zu diesem Gegenstand. Die Regierung hält die vorläufige Ortsklasseneinteilung für ungenügend. Es muß auf Baden als Grenzland Rücksicht genommen werden und darauf, daß es viele Kur- und Badeorte besitzt. Die Anträge Badens im Reichsrat auf Aenderung des Verzeichnisses wurden abgelehnt. Eine Neuregelung ist dringend notwendig. Erforderlich sind: 1. Beseitigung der Staffelung der Teuerungszufolge und 2. Verringerung der Zahl der Ortsklassen von 5 auf 3: 1. Klasse Großstadtklasse, 2. Klasse die große Zahl der übrigen Gemeinden, die dritte Klasse die billigsten Dorfgemeinden.

Abg. D. Mayer-Karlruhe (N.) fragte an, welche Vorbrungen die Regierung getroffen habe oder treffen werde, um Unruhen des Regierungsorgans, wie im Falle Garais-München vorzubeugen.

Minister Klemme: Die badische Regierung hat nur Anspruch auf den Titel „Karlsruher Zeitung“. Auf die Anstellung der Redakteure hat sie keinen Einfluß; diese sind aber der Regierung für den Inhalt der „Karlsruher Zeitung“ verantwortlich. Aus verschiedenen Gründen hat die Regierung seit der Umwälzung keine Vorschriften mehr gemacht. Die im Anschluß an die Ermordung des bayerischen Abgeordneten Garais in der Karlsruher Zeitung vorgekommene Entgleisung gaben der Regierung Veranlassung, daß zu wichtigen politischen Tagesfragen der Redakteur nur noch im Benehmen mit dem Ministerium des Innern Stellung nehmen darf und auch der allgemeine Inhalt wieder der Aufsicht des Ministeriums des Innern unterstellt wird.

Zwei kurze Anfragen der Abg. Marloff (Soz.) und Großhans (Soz.) über die allgemeine Einführung der Sonntagsfahrkarten wurden von einem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß eine Erweiterung nur mit besserer Betriebslage erfolgen könne. Von dem Finanzministerium werde alles getan, um eine Erweiterung der Sonntagsfahrkarten zu erreichen.

Das Haus trat sodann in die Tagesordnung ein. Die Beratung über den Gesuchentwurf über die Lan- deselektrizitätsversorgung wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Vorarbeiten des Haushaltsausschusses noch nicht abgeschlossen sind.

Es folgte eine Reihe Gesuche. Das Gesuch des Verbandes Deutscher Architekten und Ingenieurvereine über die stärkere Heranziehung der Techniker in leitende Stellungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wurde der Regierung als Material überwiesen. Das Gesuch des Zentralverbandes der Inwaliden und Wunden Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe, Fahrpreisermäßigung zu der in Karlsruhe stattfindenden Gaukonferenz zu gewähren, wurde durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt.

Nachdem noch persönliche Gesuche erledigt waren, wurde um 6.30 Uhr abgebrochen und die Sitzung auf Dienstag nachmittags 3 Uhr vertagt.

M. Karlsruhe, 27. Juni. Dem Badischen Landtag ist ein Gesuchentwurf betreffend die Aenderung des Gesetzes über die Aufstellung geringerer Soldater-Fahrer aus Staatsmitteln zur Verfügung. Ferner gingen dem Landtag eine Reihe neuer Gesuche zu, die sich zum Teil auf den Besoldungsstarif, zum Teil auf das Ortsklassenverzeichnis beziehen. Der Landesverband badischer Mietervereine hat dem Landtag eine Entschließung über die Wiedereinbringung des Grundstückperrgesetzes vorgelegt.

Der Haushaltausschuß in Freiburg.

× Freiburg, 28. Juni. Der Haushaltausschuß des badischen Landtags war am vergangenen Samstag hier um die Berechtigung

CURACAO ANISETTE BOLS CHERRY BRANDY BOLS GIN Zweigfabrik u. Zentrale für Deutschland Emmerich a/Rh General-Vertretung: Otto Büschges Wiesbaden: Bülowstraße 2. A1829

gestellt war, er war ein Abenteuerer. Er lebte eine Zeitlang am Hofe des Kaisers Ming-Hoang-Ti, der ihn mit hoher Liebe und Verehrung auszeichnete. Dann zog es ihn wieder in die Ferne. Er vagabondierte durch das Land und trug seine Lieder zur Laute vor, und die Launen seines Leibes wechselten mit den Stimmungen tiefster Melancholie, die seines Wehens Grund war. Er starb im Alter von 61 Jahren.

Li-Tai-Po kommt niemand gleich, auch Thu-Fu nicht, der Weidendste seiner Zeitgenossen. Er war zwölf Jahre jünger als Li-Tai-Po und mit diesem befreundet. Auch er führte ein ziemlich ruhiges Leben, nicht aus Neigung, sondern gezwungen durch die Verhältnisse seiner Zeit. Auch er stand mit dem Hofe in nahen Beziehungen, wurde dann verbannt und schrieb aus der ungeliebten Fremde, gleich Li-Tai-Po, Gedichte voll Sehnsucht nach der Heimat, in der er zu sterben ihm nicht vergönnt war. Er erreichte ein Alter von 59 Jahren.

Li-Tai-Po ist die genialere Natur von den beiden. Er dichtete die verschwebende, verwehende, unaussprechliche Schönheit der Welt und den ewigen Schmerz und die ewige Trauer und das Rätselhafte alles Seins. In seiner Brust wurzelt die ganze dumpfe Melancholie der Welt und auch in Augenblicken höchster Lust kann er sich von den Schatten der Erde nicht lösen. Vergänglich ist das ewig mahnende Siegel seines Fühlens. Seine Kunst ist irdisch und überirdisch zugleich. Mächtige Symbole gehen in ihm um. Bei ihm spielt man ein mythisches Wesen aus Wolkenfernen, der Schmerz des Kosmos webt in ihm. In ihm hämmert das unbegriffene Schicksal der Welt.

Thu-Fu ist nicht so brausend; er ist eher sentimental, und sein Herz ist mehr bewegt von den zeitlichen Geschehnissen der Erde als von den Rätseln des Seins. Er hat ein sehr fein entwickeltes Naturgefühl, ebenso wie Li-Tai-Po. Ein intimer Verkehr mit den Reizen der Natur ist für die chinesische Dichtung überhaupt charakteristisch. Der chinesische Lyriker ist ganz verdammt mit der Landschaft und ihr gewinnert er viele seiner geliebten Symbole ab. Die Liebe zur Natur erscheint ebenso stark entwickelt wie die Liebe zur Heimat.

In dem letzten Jahrtausend hat die Dichtung der Chinesen noch außerordentlich viel Schönes hervorgebracht, aber eine solche Blüte

Die Prüfungskonzerte des Karlsruher Konservatoriums.

Das 3. Vortragskonzert des Konservatoriums brachte als Klavier-

Das Vortragskonzert des Konservatoriums brachte als Klavier-

Das Vortragskonzert des Konservatoriums brachte als Klavier-

Das Vortragskonzert des Konservatoriums brachte als Klavier-

fatische, Anmut und Wärme spielte Gudula Landauer (Kl. Or-

Briefkasten.

(Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Ab-

Vorwärts. 1. Das den beiden Mietparteien gemeinschaftliche

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

der Mieter diese Räume zur Landwirtschaft nicht benötigt. Das Miet-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

W. 100. 1. Ein unabhängiges Mebers-Konversations-

STADTGARTEN. Mittwoch, den 29. Juni 1921, abends v. 8-11 Uhr.

Union-Theater. Kaiserstraße 211. Ab heute! ENTGLEIST.

Mieter- u. Untermieter-Bereinigung Karlsruhe (G. B.).

Bad. Landestheater. Dienstag, den 28. Juni. 6 1/2 bis geg. 10 Uhr.

Palast-Theater. Moderne Lichtspielbühne. Herrenstr. 11. Ruf 2502.

Aschermittwoch. Ein Spiel von Kabale u. Liebe in 5 Akten.

Die Autofahrt unter der Erde. Till Hardens Abenteuer. 5 Akte.

Madame Flederwisch. Lustspiel in 3 Akten. Hauptrolle: Hedda Vernon.

Städt. Tiergarten-Restaurant und Kaffee. Jeden Abend im unteren Gartensaal.

Konzert der Hauskapelle d. Künstlerhauses.

Gerrenkleider. nach Maß werden unter Garantie angefertigt.

Geschäfts-Eröffnung. Empfehle mich den verehrl. Automobil-Besitzern.

Heirat. wünscht alleinstell. Herr Wilmann.

Residenz = Lichtspiele. Waldstrasse 30. Telefon 5111.

Fremdenlegionär Kirsch. II. Teil. In der Legion.

Baby auf Reisen. Lustspiel in 3 Akten. 10790.

